

BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband NRW
IPPNW – Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

13. Januar 2015

Gemeinsame Pressemitteilung

Atomkraftgegner und Verbände schreiben NRW-Landesregierung: „Urananreicherung beenden statt verkaufen“

Angesichts der brisanten Lage rund um die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau gehen Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland, die Umweltverbände BUND und BBU sowie die Ärztevereinigung IPPNW mit der NRW-Landesregierung hart ins Gericht: „Für Landes-Wirtschaftsminister Duin sind die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen ganz offenbar nur Belletristik und kein konkreter Handlungsauftrag; bedauerlicherweise scheint aber auch der grüne Regierungspartner den Ernst der Lage noch immer nicht begriffen zu haben,“ warnte Dr. Michael Harengerd vom BUND NRW.

Mit einem ausführlichen Fragenkatalog wenden sich die Initiativen und Verbände an die NRW-Landesregierung, um die Forderung nach einer sofortigen Stilllegung der UAA Gronau zu bekräftigen. Im Mittelpunkt des Schreibens stehen die erheblichen Gefahren durch den geplanten Verkauf des Gronauer Urananreicherers Urenco, die Ablehnung der kurz bevorstehenden Inbetriebnahme einer riesigen Atommüll-Lagerhalle für abgereichertes Uran in Gronau sowie die stetige Zunahme der Urantransporte quer durch NRW.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen und Verbände kritisieren massiv, dass die NRW-Landesregierung ihre Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag von 2012 in punkto Atomausstieg nicht einhält. In dem Schreiben an die Landesminister Duin (SPD), Jäger (SPD) und Remmel (Grüne) heißt es wörtlich: „Als Landesregierung müssen Sie sich dieser Herausforderung stellen und einen klaren Weg aufweisen, der zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau, zur Vermeidung von weiterer Atommüllproduktion und zu einer sicheren Entsorgung des Gronauer Atommülls führt“.

Die Europa-Vorsitzende der Friedensnobelpreisträgerin IPPNW, Dr. med. Angelika Claußen, warnt eindringlich vor dem Verkauf von Urenco: "Ausgerechnet bei Urenco ist trotz der militärischen Brisanz sogar ein Börsengang im Gespräch. Damit wird das Kontrollregime durch die Internationale Atomenergiebehörde massiv untergraben. Einer Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie z. B. an Staaten im Pulverfass des Nahen und Mittleren Ostens wird wissentlich Vorschub geleistet. Aus friedenspolitischer Sicht ist das unverantwortlich. Die IPPNW fordert daher eine Stilllegung der Urenco-Anlagen."

Große Sorgen bereitet auch die für 2015 geplante Inbetriebnahme einer riesigen Atommüll-Lagerhalle für 60 000 Tonnen abgereichertes Uran auf dem Gelände der UAA Gronau: „Die Betriebsgenehmigung soll zeitlich unbefristet sein, sodass angesichts einer fehlenden Entsorgungsmöglichkeit de facto ein oberirdisches Endlager entstehen kann. Und jedes Jahr kommen durch den Betrieb der UAA mehr als 6000 Tonnen Uranmüll hinzu. Wo bleibt der versprochene Atomausstieg? Die Atommüllproduktion muss in Gronau umgehend beendet werden,“ so Peter Bastian vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

3. April: Ostermarsch an Urananreicherungsanlage Gronau

Für Karfreitag, 3. April, ist an der UAA Gronau ein überregionaler Ostermarsch geplant, um gegen die Urananreicherung, den geplanten Verkauf von Urenco sowie gegen die Inbetriebnahme der neuen Atommüll-Lagerhalle zu protestieren.

Weitere Informationen: www.bbu-online.de, www.bund-nrw.de, www.ippnw.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de , www.aku-gronau.de

Folgend das Schreiben an die NRW-Landesregierung:

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Arbeitskreis Umwelt Gronau
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband NRW
IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung

12. Januar 2015

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handel
z. Hd. Herrn Minister Garrelt Duin
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Ministerium für Inneres und Kommunales
z. Hd. Herrn Minister Ralf Jäger
Haroldstr. 5
40213 Düsseldorf

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
z. Hd. Herrn Minister Johannes Remmel
Schwannstr. 3

Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau

hier: Verkauf des Urananreicherers Urenco, Uranmülllagerung, Urantransporte

**Sehr geehrter Herr Duin,
sehr geehrter Herr Jäger,
sehr geehrter Herr Rimmel,**

die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in ihren Koalitionsverträgen von 2010 und 2012 explizit betont, die Urananreicherung in Gronau als Teil der nuklearen Brennstoffkette beenden zu wollen. Diese Zielsetzung unterstützen wir natürlich, doch haben wir in den letzten Jahren keinerlei konkrete Schritte zur Stilllegung der Urananreicherungs-anlage (UAA) Gronau feststellen können. Das halten wir angesichts des 2011 auf Bundesebene beschlossenen Atomausstiegs für äußerst bedauerlich und politisch nicht nachvollziehbar.

Wir erinnern daran, dass in Gronau bis zu 10 % des weltweiten zivilen Bedarfs an angereichertem Uran für die Brennelementproduktion abgedeckt werden kann. Für den deutschen Markt ist die UAA Gronau jedoch komplett überflüssig, weil fast die gesamte Produktion in Gronau für den Export bestimmt ist. Zugleich ist die angewandte Zentrifugentechnologie der „einfachste Weg zur Atombombe“, so der Vorsitzende der Entsorgungskommission der Bundesregierung, Michael Sailer. Die militärische Bedeutung der Urananreicherung ist enorm und betrifft NRW direkt, zumal die UAA-Betreiberin Urenco mit Areva gemeinsam über die Firma ETC (Enrichment Technology Company) die Erforschung und Weiterentwicklung dieser Zentrifugentechnologie unmittelbar neben dem Forschungszentrum Jülich betreibt. Zudem hat die ETC eine Produktionsstätte für Zentrifugen in Gronau.

Wir fragen Sie deshalb:

- a) Welche politischen Maßnahmen plant die NRW-Landesregierung derzeit, um eine Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau herbeizuführen? Welche Fortschritte hat die Landesregierung aus eigener Sicht bislang erzielt? Wo liegen die größten Hindernisse aus Ihrer Sicht?
- b) Plant die Landesregierung auch Schritte zur Beendigung der Zentrifugenforschung in Jülich, um die Atomforschung in NRW komplett zu beenden? Wenn ja, welche Schritte sind das? Wenn nein, warum nicht?
- c) Werden bei ETC in Gronau noch Zentrifugen produziert? Wenn ja, in welchem Umfang und was geschieht mit diesen Zentrifugen?

Mit diesem Schreiben erbitten wir von Ihnen zudem konkret Auskunft zu drei Themenbereichen:

- I. Verkauf des Urananreicherers Urenco
- II. Lagerung von Uranmüll in Gronau
- III. Urantransporte durch NRW

Zu I: Verkauf des Urananreicherers Urenco

Wie Ihnen bekannt ist, wollen derzeit alle Eigentümer des Urananreicherers Urenco – also die britische und niederländische Regierung sowie die Energieversorger RWE und E.on – ihre Anteile an Urenco verkaufen. Nach Auskunft der Bundesregierung vom 18. Dezember 2014 (Bundestags-Drucksache 18-3649) läuft dazu derzeit ein „Markttest“, um herauszufinden, welche potenziellen Bieter ggf. wieviel Geld für Urenco-Anteile auf den Tisch legen würden. Auch ein Börsengang ist laut Bundesregierung im Gespräch (Bundestags-Drucksache 18-1267). Die Nachrichtenagentur Reuters meldete dazu am 4. Dezember 2014, dass ein möglicher Börsengang nach der britischen Unterhauswahl im Mai 2015 im Gespräch sei.

In der Süddeutschen Zeitung (31. Oktober 2014) und im WDR (Aktuelle Stunde 19. Dezember 2014) äußerte z. B. der Atomexperte Michael Sailer massive Bedenken gegen den Verkauf von Urenco, weil er zu einer Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie beitrage. Auch wir befürchten, dass eine letztlich unkontrollierbare Weiterverbreitung in Gang kommt und erinnern daran, dass die Bundesrepublik Deutschland dem Non-Proliferations-Vertrag beigetreten ist, dem sogenannten Atomwaffensperrvertrag. Schließlich erinnern wir auch daran, dass es dem späteren „Vater der pakistanischen Atombombe“, Dr. Khan, schon in den 1970er-Jahren gelang, an die Urenco-Technologie zu kommen. Die Gefahr einer Weiterverbreitung ist also höchst real. Von der NRW-Landesregierung äußerte Herr Minister Duin im Juni 2013 laut WDR, er könne sich eine Beteiligung von Hedgefonds an Urenco „nicht vorstellen“. Seither sind uns von der Landesregierung keine weiteren Äußerungen bekannt geworden, obwohl die Bundesregierung mitgeteilt hat, dass sie „verschiedentlich anlässlich von Treffen“ mit der Landesregierung über den geplanten Eigentümerwechsel bei Urenco gesprochen hat (Bundestags-Drucksache 18-1267).

Die Bundesregierung teilte in derselben Drucksache ferner mit:

„Rechte für das Land Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit einer möglichen Änderung der Anteilsstruktur von URENCO könnten sich daher insbesondere aus dem Atomgesetz und aus gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen abgegebenen Patronatserklärungen über die Entsorgungsvorsorge für die Urananreicherungsanlage Gronau ergeben.“

Wir fragen Sie deshalb:

1. Was ist Ihr aktueller Stand zum Verkauf des Urananreicherers Urenco?
2. In welcher Weise ist die NRW-Landesregierung direkt oder indirekt in die laufenden Gespräche rund um den geplanten Eigentümerwechsel bei Urenco eingebunden oder wird darüber informiert?
3. Steht die Landesregierung in regelmäßigem Kontakt mit der Bundesregierung und/oder den Miteigentümern E.on und RWE, um sich über die Verkaufsvorbereitungen auf dem Laufenden zu halten bzw. um eigene Positionen in die Gespräche einzubringen? Wenn ja, wie regelmäßig sind die Kontakte und auf welcher Ebene finden sie statt? Welche Positionen hat die Landesregierung dabei vertreten?
4. Wie bewertet die Landesregierung den geplanten Eigentümerwechsel sowie einen möglichen Börsengang von Urenco, gerade mit Blick auf die militärische Dimension der Urananreicherung?
5. Kann sich die Landesregierung als Atomaufsicht vorstellen, demnächst z. B. mit Investmentfonds oder Hedgefonds als neuen Eigentümern über die Urananreicherung in Gronau verhandeln zu müssen?

6. Gibt es für die Landesregierung angesichts der militärischen Dimension der Urananreicherung eine „rote Linie“ beim Verkauf des Urananreicherers Urenco? Wenn ja, wie sieht diese aus und was gedenkt die Landesregierung ggf. beim Überschreiten dieser roten Linie zu tun?
7. In welcher Weise sehen Sie bei den bislang bekannt gewordenen Verkaufsszenarien die im Atomgesetz geforderte Zuverlässigkeit des UAA-Betreibers Urenco in Frage gestellt?
8. Befürchtet die Landesregierung, dass ein Verkauf der Urenco die anvisierte Stilllegung der UAA Gronau erschweren könnte? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
9. Was hat es mit den sog. „Patronatserklärungen über die Entsorgungsvorsorge für die Urananreicherungsanlage Gronau“ (Bundestags-Drucksache 18-1267) konkret auf sich, welche die Eigentümer von Urenco gegenüber der Landesregierung abgeben müssen?
10. In welcher Weise ist die Zentrifugenforschung bzw. Zentrifugenproduktion der Urenco-Tochter ETC in Jülich und Gronau vom geplanten Eigentümerwechsel bei Urenco betroffen?

Zu II: Lagerung von Uranmüll in Gronau

Bei der Urananreicherung in Gronau fallen jährlich mehr als 6000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid (UF₆) als Atommüll an. Bis vor wenigen Jahren wurde dieser Atommüll von Gronau zur Endlagerung nach Russland exportiert. Dafür wurde das abgereicherte UF₆ als „Wertstoff“ umdefiniert, obwohl sowohl in Russland als auch anderswo keine Weiternutzung des abgereicherten UF₆ zu erkennen ist.

Seit Auslaufen der Russland-Exporte soll das abgereicherte UF₆ in Pierrelatte in Uranoxid (U₃O₈) umgewandelt werden, bevor es nach Gronau zu einer zeitlich unbefristeten Lagerung zurücktransportiert werden soll. NRW ist auf diese Weise gleich zweimal von massiven Urantransporten betroffen. Allein in Südfrankreich sollen nach letzten Angaben der Landesregierung bereits rund 13 000 Tonnen abgereichertes UF₆ aus Gronau in Uranoxid umgewandelt worden sein (Landtags-Drucksache 16-5732).

Auch in Gronau lagert abgereichertes UF₆ in einem sogenannten „Freilager“ in großer Menge unter freiem Himmel. Nach den aktuellsten Angaben der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 18-2362) handelt es sich dabei um ca. 13 000 Tonnen – Tendenz steigend.

In Gronau wurde auf dem Gelände der UAA eigens eine neue Lagerhalle für rund 60 000 Tonnen Uranoxid errichtet, die Mitte 2014 fertiggestellt wurde. Die bis dahin angekündigte Inbetriebnahme noch in 2014 fand jedoch aus bisher der Öffentlichkeit unbekanntem Gründen nicht statt. Außerdem gab es bislang noch keine Antwort auf die Frage, ob und wann die Urenco den Bau einer zweiten Uranoxid-Lagerhalle beantragt, weil selbst die neue riesige Atommüll-Halle nach Angaben der Bundesregierung nur für ca. zehn Betriebsjahre reicht (Bundestags-Drucksache 17-13598). Wir befürchten konkret, dass angesichts einer fehlenden sicheren Entsorgungsmöglichkeit die neue Uranmüllhalle de facto zu einem oberirdischen Endlager in Gronau werden könnte.

Am 18. November 2014 meldete dann die Süddeutsche Zeitung, dass die Bundesregierung bei der Erstellung eines „Nationalen Entsorgungsplans“ für die EU das abgereicherte Uran aus Gronau erstmals als Atommüll wertet. Laut SZ waren die Landesregierungen bei der Erstellung dieses Nationalen Entsorgungsplans mit eingebunden.

Am 20. Juni 2014 hatte die NRW-Landesregierung zur Inbetriebnahme des Uranoxidlagers in Gronau mitgeteilt, dass die Landesregierung der UAA-Betreiberin Urenco dazu gemäß „Auflage 109“ des „Bescheids Nr. 7/6 UAG vom 14.02.2005“ noch die Zustimmung erteilen muss (Landtags-Drucksache 16-6099). Die Landesregierung führte dazu weiter aus:

„Der Zustimmungsvorbehalt dient der abschließenden atomaufsichtlichen Kontrolle, dass die der Genehmigung zugrunde liegenden sicherheitstechnischen Anforderungen nachgewiesen wurden und sich seit der Genehmigungserteilung keine Erkenntnisse ergeben haben, die einer Aufnahme des Betriebs entgegenstehen.“

Auch die Bundesregierung hatte kurz zuvor explizit auf diesen Zustimmungsvorbehalt hingewiesen (Bundestags-Drucksache 18-1726).

Wir fragen Sie:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung zu dieser überfälligen Neubewertung des abgereicherten Urans als Atommüll?
2. In welcher Weise und seit wann war die Landesregierung bei der Erstellung dieses „Nationalen Entsorgungsplans“ mit eingebunden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die neue Definition des abgereicherten Urans als Atommüll?
4. Welche Konsequenzen hat die laufende Neubewertung des abgereicherten Urans als Atommüll für die geplante Inbetriebnahme des Uranoxidlagers in Gronau?
5. Sieht die Landesregierung durch die laufende Neubewertung des abgereicherten Urans als Atommüll gemäß Auflage 109 des Bescheids Nr. 7/6 UAG neue Tatsachen oder „Erkenntnisse“, die bei Genehmigungserteilung 2005 noch nicht bekannt waren und die einer Inbetriebnahme im Wege stehen?
6. Welche weiteren Auflagen wurden der Urenco in Bezug auf die Lagerung von abgereichertem Uran – egal in welcher Form – gemacht?
7. Deckt der Genehmigungsbescheid UAG 7/6 die Lagerung von abgereichertem Uran als Atommüll in der Lagerhalle für Uranoxid ab?
8. Hat die Landesregierung mit der Firma Urenco aufgrund der laufenden Neubewertung des abgereicherten Urans als Atommüll bereits Gespräche über die zukünftige Lagerung des Atommülls und vor allem über die zukünftige sichere Entsorgung dieses Atommülls gesprochen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
9. Hat die Firma Urenco bislang einen Antrag auf Inbetriebnahme des Uranoxidlagers in Gronau gestellt oder diesen angekündigt? Wenn ja, für wann?
10. Welche konkreten Vorschläge und Anträge haben die Vertreter der Landesregierung bislang in der Endlagersuchkommission gemacht mit Blick auf die sichere Entsorgung des Gronauer Atommülls?
11. Wie will die Landesregierung verhindern, dass das neue Uranoxidlager in Gronau eines Tages zu einem De-Facto-Endlager für Atommüll wird?
12. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass eine Freilagerung von radioaktiven Stoffen wie sie in Gronau üblich ist – egal in welcher Form – heutzutage aus Sicherheitsgründen nicht mehr akzeptabel ist?
13. Wieviel abgereichertes Uranhexafluorid lagert derzeit in Gronau, wieviel wurde nach Frankreich abtransportiert und wieviel davon bereits in Uranoxid umgewandelt?
14. Wann sind die ersten Transporte von Uranoxid von Frankreich nach Gronau geplant? Fanden bereits Transporte von abgereichertem Uranhexafluorid nach Großbritannien statt?

Zu III: Urantransporte durch NRW

Der Betrieb der UAA Gronau erfordert eine Unzahl von Urantransporten quer durch NRW. So wird Uranerzkonzentrat aus diversen Ländern über den Hamburger und Rotterdamer Hafen durch NRW

zur Weiterverarbeitung nach Südfrankreich transportiert. Uranhexafluorid (UF₆) kommt dann von dort zur UAA Gronau. Auch aus Kanada und Großbritannien wird UF₆ nach Gronau gebracht.

Angereichertes UF₆ gelangt von Gronau zur Brennelementefabrik nach Lingen oder zu den „Kunden“ in aller Welt (z. B. Brasilien, Südkorea, USA, etc.). Abgereichertes UF₆ wird von Gronau nach Südfrankreich zur sog. Dekonversion transportiert und soll ab diesem Jahr als Uranoxid (U₃O₈) wieder zurück nach Gronau gebracht werden. Außerdem plant Urenco Ende des Jahres die Inbetriebnahme einer eigenen Dekonversionsanlage für abgereichertes UF₆ im britischen Capenhurst, was neue Urantransporte zwischen Gronau und Großbritannien zur Folge hätte. Das Uran käme später als Atommüll nach Gronau zurück.

Die Landesregierung hat in ihren Koalitionsverträgen von 2010 und 2012 festgehalten, dass sie „sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW“ ablehne. Seither ist allerdings nichts geschehen, um ein Verbot oder auch nur eine Reduzierung dieser Atomtransporte herbeizuführen. Weder werden die Öffentlichkeit noch die betroffenen Kommunen informiert.

Am 23. September 2014 teilte die Landesregierung zudem auf eine Anfrage der Piraten zu Kontrollen von Atomtransporten in NRW mit, dass in NRW anscheinend keine Kontrollen dieser hochgefährlichen Transporte stattfinden, obwohl die Landesregierung feststellt, „dass die Kontrolle der Beförderung gefährlicher Güter wichtig ist“. Die Landesregierung lässt sich nicht einmal vor einem Transit über festgestellte Beanstandungen in anderen Bundesländern informieren (Landtags-Drucksache 16/6870).

In Hamburg teilte der dortige Senat hingegen mit, dass bei Kontrollen im Hamburger Hafen fast jeder zweite Atomtransport Mängel aufweist. Alle dortigen Atomtransporte rollen auch durch NRW. In Rheinland-Pfalz kündigte die rot-grüne Landesregierung an, in Zukunft wenigstens die Landkreise und kreisfreien Städte vorab von Urantransporten zu informieren. Diese könnten dann die betroffenen Kommunen informieren.

Wir fragen Sie:

1. Wie viele Urantransporte haben seit 2010 die Urananreicherungsanlage Gronau erreicht oder verlassen (bitte nach Jahren und in absoluten Zahlen für LKW- und Bahntransporte aufschlüsseln)?
2. Wie viele dieser Urantransporte wurden in NRW von welcher Behörde und mit welchem Ergebnis kontrolliert?
3. Führt die Autobahnpolizei in NRW Kontrollen von Urantransporten, z. B. auf der A 31 oder im Ruhrgebiet bzw. im Rheinland durch? Wenn ja, wie viele und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
4. Steht die Landesregierung mit dem Eisenbahn-Bundesamt, der Bundespolizei oder anderen für die Kontrolle von Atomtransporten zuständigen Bundesbehörden/-ämtern in Verbindung, um Kontrollen von Atomtransporten in NRW zu veranlassen oder zu koordinieren? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
5. Warum lässt sich die Landesregierung nicht einmal über Beanstandungen an Atomtransporten in anderen Bundesländern informieren, bevor es zu einem Transit durch NRW kommt?
6. Steht die NRW-Landesregierung mit den ebenfalls betroffenen Landesregierungen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und/oder dem Saarland in Verbindung, um ein gemeinsames Vorgehen bei der Kontrolle von Urantransporten zu erreichen?
7. Lässt die Landesregierung als Atomaufsicht auf dem Gelände der UAA Gronau Kontrollen von eintreffenden/abgehenden Urantransporten durchführen? Wenn ja, wie oft und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

8. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass für die Uranmülllagerung auf dem Gelände der UAA Gronau eine stetig wachsende Anzahl von Urantransporten durch NRW erforderlich ist (z. B. durch die Dekonversion von abgereichertem UF₆ in Uranoxid)?
9. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang ergriffen, um die Anzahl der Urantransporte durch NRW zu verringern? Mit welchem Ergebnis?
10. Plant die NRW-Landesregierung gemeinsame Initiativen mit den Landesregierungen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und/oder dem Saarland, um eine komplette Vermeidung oder zumindest eine Verringerung der Urantransporte zu erreichen?

Der geplante Eigentümerwechsel bei Urenco und die mögliche Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie, der rasant wachsende Atommüllberg in Gronau sowie die stetig zunehmenden Urantransporte durch NRW stellen ein massives Problem für NRW dar. Als Landesregierung müssen Sie sich dieser Herausforderung stellen und einen klaren Weg aufweisen, der zur Stilllegung der UAA Gronau, zur Vermeidung von weiterer Atommüllproduktion und zu einer sicheren Entsorgung des Gronauer Atommülls führt.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Urananreicherung in Deutschland keine Zukunft haben darf, dass eine Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie unbedingt verhindert werden muss, und dass der Atommüllberg in Gronau nicht noch weiter wachsen darf. Dies kann aus unserer Sicht nur bedeuten, die Urananreicherung in Gronau umgehend zu beenden und die Verkaufspläne zu stoppen. Auch fordern wir Sie auf, die Inbetriebnahme der neuen Lagerhalle für Uranoxid zu verhindern, weil aufgrund der Neubewertung des abgereicherten Urans als Atommüll die rechtliche Grundlage entfallen ist.

Über eine baldmöglichste Beantwortung unserer Fragen würden wir uns sehr freuen. Für Rückfragen oder ein Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung. Bitte lassen Sie uns eine kurze Eingangsbestätigung zukommen.

Dieses Schreiben werden wir zur Kenntnisnahme an die Presse weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Buchholz (BBU / AKU Gronau)

Dr. Angelika Claußen (IPPNW)

Dr. Michael Harengerd (BUND)

Matthias Eickhoff (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen)

Rückfragen und Antworten bitte an:

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

z. Hd. Udo Buchholz

Siedlerweg 7

48599 Gronau

udo.buchholz@bbu-bonn.de

